

SPD-Hickhack ist unverantwortlich

Obwohl SPD und PDS bei der Abgeordnetenhauswahl zusammen rund 240.000 Stimmen verloren haben, zeichnet sich in diesen Tagen eine Neuaufgabe der rot-roten Koalition ab. Der Schaden für unsere Stadt ist nicht abzusehen. Doch wenn es Herrn Wowereit nicht gelingt, nach fünf verlorenen Jahren endlich ein schlüssiges Zukunftskonzept vorzulegen, ist zu befürchten, dass Berlin noch tiefer in die Abwärtsspirale aus Massenarbeitslosigkeit, Verschuldung und wirtschaftlichem Niedergang gerät.

Bei der Entscheidung der Sozialdemokraten für die PDS ist vor allem eines beachtenswert: Bislang ist die SPD fast überall dort, wo Rot-Grün möglich war, auch eine solche Koalition eingegangen. Mit der öffentlichen Brückierung der Grünen und der erneuten Hinwendung zur PDS macht die Berliner SPD deutlich, wie



Henkel redet Klartext

weit sich ihr Koordinatensystem mittlerweile nach links verschoben hat. Damit hat die SPD die politische Mitte endgültig freigemacht. Diesen Platz muss die Union jetzt noch konstruktiver ausfüllen als bislang.

Die rot-roten Koalitionsverhandlungen sind noch nicht abgeschlossen, da gibt es schon den ersten Streit. In einem Gutachten aus Sarrazins Finanzverwaltung wird ein Ausverkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften nahe gelegt. Aufgeschreckt ruderten Wowereit und PDS-Führung zurück. Ich sage: Dieses Hickhack ist unverantwortlich, weil Mieter und Wohnungsbaugesellschaften gleichermaßen verunsichert werden. Angesichts der Kakophonie innerhalb der SPD muss Herr Wowereit wie bei vielen anderen Punkten endlich deutlich machen, wofür seine Partei eigentlich steht.



Henkel: „Wir müssen den Herausforderungen der Zeit gerecht werden uns uns offensiv mit den Problemlagen in Berlin beschäftigen. Das funktioniert nicht mit inhaltsleerer Wohlfühlpolitik und mit oberflächlicher Charmeoffensive.“

CDU-GENERALSEKRETÄR FORDERT PROFILSCHÄRFUNG

„Offensiv mit Berlins Problemlagen befassen“

Nach den Berlin-Wahlen 2006 hat sich CDU-Generalsekretär Frank Henkel für eine Neuausrichtung seiner Partei ausgesprochen. Die Union müsse ihr soziales Profil schärfen und sich ihre Kompetenz als „Kümmerer-Partei“ zurück erarbeiten. Für diesen Erneuerungsprozess werde er sich in den kommenden Monaten intensiv einsetzen.

Gegenüber der Tageszeitung ‚Berliner Morgenpost‘ erklärte Henkel: „Wir müssen den Herausforderungen der Zeit gerecht werden und uns offensiv mit den Problemlagen in Berlin beschäftigen. Das funktioniert nicht mit inhaltsleerer Wohlfühlpolitik und mit oberflächlicher Charmeoffensive. Wir müssen dahin kommen, auch mehr in offenen Netzwerken zu agieren, das heißt: Bürgerinitiativen, projektorientiertes Engagement und Initiativen zum Erhalt und zur Steigerung der Lebensqualität im Kiez dürfen uns nicht fremd sein. Sie sind Ausdruck eines neuen Strebens nach Halt und Gemeinschaft.“

In den nächsten Wochen und Monaten müsse die Partei eine ernsthafte und leidenschaftliche Diskussion über ihren inhaltlichen Kurs

führen. Henkel warnte jedoch davor, voreilige Schlüsse aus dem Wahlergebnis zu ziehen. Wer jetzt einseitig auf neoliberale Konzepte setze, habe die Stadt nicht verstanden, so der Generalsekretär. „Ich bin mir sicher, dass weder sozialistische Träume noch neoliberale Kälte den Herausforderungen der Zukunft und den Erwartungen der Menschen gerecht werden.“ Christdemokratische Politik müsse immer auch heißen, sich besonders stark zu machen für die Schwachen in der Gesellschaft. Chancengleichheit, dauerhafte Existenzsicherung, Spaß an der Erwerbsarbeit, soziale Absicherung in Krisensituationen und Berechenbarkeit der wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen seien berechnete Erwartungen der Menschen an die Politik. Henkel: „Es liegt an uns zu beweisen, dass Leistung und Solidarität, Selbstverwirklichung und Verantwortung, Tradition und Vision keine Gegensätze sind.“

PPP-Partei als Ziel

Henkel weiter: „Ich will im Ergebnis einer Diskussion eine PPP-Partei. Das heißt:

progressiv in den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft, pragmatisch in den Bereichen Bildung und Sicherheit und präsent vor Ort in den Bereichen Soziales und Bürgerengagement.“ Für einen solchen Erneuerungsprozess wolle sich der Generalsekretär in den nächsten Monaten intensiv einsetzen.

Union wird sich verändern müssen

Der stellvertretende Vorsitzende der Berliner CDU-Fraktion, Michael Braun, sprach sich ebenfalls für eine Schärfung des sozialen Profils aus. Der CDU-Politiker gegenüber der ‚Berliner Morgenpost‘: „Die Union wird sich verändern müssen. Wir müssen uns mehr um die Bedürfnisse der Bürger kümmern.“ Als Beispiele führte Braun unter anderem verstärktes Engagement in den Bereichen Lärm- und Mieterschutz an. So müsse sich die Union dafür stark machen, dass beim etwaigen Verkauf von Wohnungsteilbeständen, die sich bisher im Besitz der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften befinden, Mieterschutzklauseln in die Verkaufsverträge eingearbeitet werden.



CDU Fraktion wählt neue Führung

Die Führungsspitze der neuen CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus steht.

Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde erwartungsgemäß und mit großer Mehrheit Dr. Friedbert Pflüger gewählt. Pflüger zeigte sich erfreut darüber, dass die Geschlossenheit aus seiner Zeit als Spitzenkandidat über den Wahltermin hinaus trägt. Dies sei ein gutes Zeichen. Mit ebenfalls sehr guten Ergebnissen wurden in geheimer Wahl der Reinickendorfer Kreisvorsitzende Dr. Frank Steffel und der Vorsitzende der CDU Steglitz-Zehlendorf, Michael Braun, zu den Stellvertretern Pflügers gewählt. Erster Parlamentarischer Geschäftsführer ist der Generalsekretär der CDU Berlin und Abgeordnete aus Berlin-Mitte, Frank Henkel. Sein Amt als Parlamentarischer Geschäftsführer ebenfalls weiter ausüben wird der Charlottenburger Abgeordnete Uwe Goetze, neu im Amt ist der Marzahn-Hellersdorfer Abgeordnete Mario Czaja, der sich vor allem um die östlichen Bezirke kümmern soll.

„Soziale Kompetenz ist Überlebensfrage“

Nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und den Bezirksverordnetenversammlungen stellt sich der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, den Fragen der ‚Berliner Rundschau‘.

BR: Die Berliner Union hat am 17. September ein Wahlergebnis von 21,3 Prozent eingefahren. Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

Zuerst einmal möchte ich allen Wählerinnen und Wählern danken, die mit ihren Stimmen die Union zur stärksten Oppositionskraft gemacht haben. Mein Dank gilt ebenfalls den vielen Wahlhelfern, die uns mit ihrem Einsatz zur nötigen Schlagkraft verholfen haben. Dennoch ist das Wahlergebnis ohne Zweifel bitter. Die Partei hat sich in der Vergangenheit nicht so attraktiv dargestellt, dass die Menschen sich bei uns aufgehoben fühlten. Zudem haben wir uns in den letzten Jahren leider zu oft mit uns selbst beschäftigt. Partei und Fraktion haben nicht immer das allerbeste Bild abgegeben. Deshalb müssen wir jetzt nach der Wahl an die Geschlossenheit anknüpfen, die seit etwa anderthalb Jahren in der Partei vorherrscht. Nur so können wir uns darauf konzentrieren, unser inhaltliches Profil weiter zu schärfen.

BR: Wie soll dieses Profil aussehen?

Zuerst einmal müssen wir die richtigen Schlüsse aus dem Wahlergebnis ziehen und ausgiebig in den Parteigremien über mögliche Konsequenzen beraten. Jedes Mitglied ist herzlich eingeladen, sich an dieser Debatte zu beteiligen. Persönlich setze ich mich dafür ein, dass wir den Wandel zu einer modernen Großstadtpartei vollziehen, welche die sozialen Nöte der Menschen aufgreift und sich vor Ort für Bürgerbelange stark macht. Die soziale Kompetenz ist in meinen Augen für die Berliner CDU eine Überlebensfrage als Volkspartei.

BR: Wie soll dieser Erneuerungsprozess gestaltet werden?

Wie gesagt: Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten eine ausgiebige und offene Debatte über unseren Kurs führen. Der Erneuerungsprozess muss von Partei und Fraktion getragen und gestaltet werden. Die CDU-Fraktion wird dann die wichtige Aufgabe haben, die Diskussionsergebnisse in ein tragfähiges Konzept zu gießen und in die politische Auseinandersetzung mit dem neuen Senat zu tragen.

BR: In Charlottenburg-Wilmersdorf zeichnet sich die erste

schwarz-grüne Zählgemeinschaft auf Bezirksebene ab. Ist das ein Modell für ganz Berlin?

Wenn es Potenziale für eine konstruktive Zusammenarbeit und inhaltliche Schnittmengen gibt, ist eine solche Zählgemeinschaft natürlich sinnvoll. Was die Grünen in Charlottenburg-Wilmersdorf

vorstellen. Dort müssen wir unsere Kooperation in der Opposition projektbezogen vertiefen. Alles Weitere wird man sehen.

BR: Werden Sie 2007 erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren?

Ja, ich werde bei den nächsten Landesvorstandswahlen



Ingo Schmitt: „CDU-Führungsteam hat sich bewährt“

betrifft, bin ich in dieser Hinsicht sehr zuversichtlich. Auf Landesebene muss noch einiges an Überzeugungsarbeit geleistet werden. Die Grünen haben mittlerweile erkannt, dass es politisch von Nachteil ist, sich als fünftes Rad am roten Wagen anzubiedern. Eine inhaltliche Zusammenarbeit kann ich mir vor allem in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Finanzen

im Mai 2007 antreten. Darüber gibt es ein Einvernehmen zwischen Friedbert Pflüger und mir. Im Übrigen hat sich das Team aus Pflüger, Henkel und Schmitt in den letzten Monaten bewährt. Diese Konstellation ist zukunftsfähig, weil wir konstruktiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten.

CDU-Familienministerin: Kinderrechte in die Verfassung



Nach dem Tod des zweijährigen Kevin aus Bremen hat CDU-Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen gefordert, Kinderrechte in der Verfassung zu verankern.

Im Interview mit der ‚Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung‘ erklärte von der Leyen, sie wolle in Zusammenarbeit mit Verfassungsrechtlern prüfen, ob bestimmte Kinderrechte in der Verfassung verankert werden sollten. Die Ministerin gegenüber der ‚FAS‘: „Es geht



Dr. Ursula von der Leyen

nicht in erster Linie darum, Kinder gegen ihre Eltern zu stellen, sondern darum, Kinder und Eltern auch in ihrer Beziehung zueinander zu schützen und zu stärken. Wir müssen in der Tat darüber diskutieren, Kinderrechte in die Verfassung aufzunehmen. Dies wird

ein wichtiger, gesamtgesellschaftlicher Diskussionsprozess werden. Aber ich bin der Meinung, dass die Zeit dafür reif ist.“ Der Vorsitzende der Berliner Abgeordnetenhaus, Friedbert Pflüger, warnte im ‚Tagesspiegel‘ davor, so zu tun, als seien die Probleme auf Bremen konzentriert: „Allein im vergangenen Jahr sind in Berlin mehrere tausend Kinder Opfer von Misshandlung und Verwahrlosung geworden.“

IN KÜRZE

CDU begrüßt Initiative für Runden Tisch gegen Rechts

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Friedbert Pflüger, hat die Initiativen zum gemeinsamen Vorgehen der demokratischen Parteien gegen den Rechtsextremismus begrüßt. „Gerade nach dem Einzug von rechtsradikalen Parteien in Berliner Bezirksparlamente bekennen wir uns ohne Wenn und Aber zu einem Runden Tisch“, sagte Friedbert Pflüger. Der politische Extremismus, egal welcher Art, müsse von allen demokratischen Parteien mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden.

LSU-Bundesvorsitzender aus Berlin

Mit dem 44-jährigen Arnd Lange hat der Arbeitskreis der Lesben und Schwulen in der CDU (LSU) Anfang Oktober einen Berliner zum Bundesvorsitzenden gewählt. Er wolle sich für eine gleichberechtigte Integration auch im Rahmen der Grundsatzprogrammdebatte der CDU einsetzen erklärte Arnd Lange nach der Wahl.

Berlin erweckt Interesse in Brüssel

Das Interesse an den Berliner Wahlen reichte in diesen Tagen sogar bis nach Belgien: Der CDU-Auslandsverband Brüssel lud den Berliner Europaabgeordneten Roland Gewalt zu einer Diskussion über die Ergebnisse in der deutschen Hauptstadt ein. Auf wenig Verständnis stieß bei den benachbarten Europäern allerdings die geplante Neuaufgabe von Rot-Rot in Berlin.

Schäuble ehrt Zivilcourage

Mit der Verleihung des „XY-Preises – gemeinsam gegen das Verbrechen“ ehrte Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble als Schirmherr vier Menschen, die durch couragiertes Handeln Straftaten verhindern konnten oder zu ihrer Aufklärung beitrugen. Ausgelobt wird der Preis vom ZDF und der Deutschen Kriminalfachredaktion.